



Wahlprüfsteine zum Rüstungsexport der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler,
Deutschland gehört weltweit zu den größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, etwa von Militärfahrzeugen. Durch den Einsatz der aus Deutschland gelieferten oder in deutscher Lizenz gefertigten Kriegswaffen sterben tagtäglich zahlreiche Menschen, viele sind durch Verletzungen zeitlebens traumatisiert. Mit diesen Waffen wird unendlich viel Leid angerichtet. Ihr Einsatz fördert Unfrieden, verhindert Entwicklung und Gerechtigkeit in den Empfängerländern.

Mit ihren mehr als hundert Mitgliedsorganisationen gibt die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« den Opfern deutscher Rüstungsexporte Stimme, den Tätern Name und Gesicht. Auf gesetzlicher Ebene fordert die Kampagne die Ergänzung von Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes um den Abschnitt: »Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert.«

Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz!

Aufgrund der unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen und des fehlenden politischen Willens konnte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt aufsteigen. Kaum ein Krieg, in dem nicht deutsche Waffen – vielfach beiderseits der Front – zum Einsatz kommen.

Wir bitten Sie, in persönlichen Gesprächen mit Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2013 folgende Frage(n) einzubringen, diese auf Wahlveranstaltungen zu stellen oder schriftlich den Kandidatinnen und Kandidaten mit Bitte um Stellungnahme zuzusenden:

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?

Frage: Wenn Sie im Falle Ihrer Wahl kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann eine oder mehrere der folgenden sechs Forderungen?

1 Keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten!

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten?

2 Keine Rüstungsexporte an kriegführende Staaten!

Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Kriege oder Bürgerkriege verwickelt; dessen ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an kriegführende Staaten zu.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden?

3 Exportverbot für Kleinwaffen!

Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz sogenannter Kleinwaffen wie Pistolen, Maschinenpistolen oder Gewehren. Deutschland ist drittgrößter Kleinwaffenexporteur der Welt.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland ein?

4 Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen!

Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen, dass die Vergabe von Lizenzen für Kriegswaffen zu einer unkontrollierbaren Produktion, Weiterverbreitung und zum Einsatz dieser Waffen führen.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter ein?

5 Keine Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften!

Mit Hermes-Bürgschaften sichert der Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ab.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die Forderung nach einem Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein?

6 Transparenz beim Waffenhandel!

Deutsche Rüstungsexportgeschäfte sind im höchsten Maße intransparent: Brisante Exportgenehmigungen werden vom Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung entschieden, unzureichende Rüstungsexportberichte erst Ende des Folgejahres publiziert.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages und für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden?